

BRIEF AUS BERLIN



NR. 07 | 19.04.2013 | AUSGABE A

Bundestag beschließt Zypern-Hilfe

Rettungspaket für Zypern schützt die gesamte Euro-Zone

Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag mit breiter Mehrheit das Hilfspaket für Zypern beschlossen. Mit der Zustimmung zu den Finanzhilfen von bis zu zehn Milliarden Euro hat der Bundestag einen weiteren wichtigen Schritt zur Stabilisierung des gesamten Euro-Raums getan.



Foto: picture alliance / AP Photo

Ziel der Finanzhilfen für Zypern ist es, den Staatsbankrott des Inselstaates zu verhindern. Denn dieser könnte die Finanzstabilität im gesamten Euro-Raum in Gefahr bringen und andere Länder in Mitleidenschaft ziehen. Das Hilfspaket für Zypern umfasst insgesamt zehn Milliarden Euro. Davon werden neun Milliarden von den Euro-Ländern durch den dauerhaften Rettungsschirm (ESM) finanziert, eine weitere Milliarde steuert voraussichtlich der Internationale Währungsfonds (IWF) bei. Das Hilfspaket ist ein großartiger Verhandlungserfolg von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und sieht insgesamt eine faire Lastenverteilung vor. Das belegt einmal mehr, dass die Union für eine solide Finanzpolitik und einen stabilen Euro steht. Die Politik der christlich-liberalen Koalition zeichnet sich dadurch aus, dass Hilfen an strenge Konditionalitäten gebunden sind. So haben sich die Europäische Union und Zypern auf schärfere Geldwäschebekämpfungsgesetze und Strukturreformen verständigt.

Hilfe zur Selbsthilfe

Das gescheiterte Geschäftsmodell Zyperns ist der Grund für die wirtschaftliche Schieflage des Inselstaates. Deshalb ist es richtig, dass das Hilfsprogramm eine radikale Umstrukturierung des Bankensektors und eine Abgabe von Anlegern mit Bank-Guthaben von mehr als 100.000 Euro vorsieht. Weiter werden die Zinsertragsteuer und die Körperschaftsteuer erhöht und Privatisierungen und Sparmaßnahmen als Gegenleistung für europäische Kredite sind vorgesehen. Den größten Teil des Finanzbedarfs bringt somit Zypern selbst auf. Denn damit das Land die neun Milliarden Euro aus dem ESM und eine Milliarde Euro vom IWF bekommen kann, Zypern den restlichen Finanzbedarf von rund 13 Milliarden Euro selbst schultern. Außerdem muss Zypern wirtschafts- und sozialpolitische Reformen durchführen, die es mit der sogenannten „Troika“ vereinbart hat. Maßgeblich war für die CSU-Landesgruppe insbesondere, dass die Finanzhilfen - wie bei den anderen Krisenstaaten auch - lediglich eine Hilfe zur Selbsthilfe darstellen.



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!

während sich andere durch wöchentliche Schauanträge mit politischen Spielchen im Wahlkampfmodus begnügen, arbeitet die christlich-liberale Koalition für die Menschen im Land. Und diese Arbeit sorgt für gute Nachrichten, in dieser Woche besonders für die medizinische Versorgung in unseren ländlichen Regionen.

Zum einen hat die Koalition finanzielle Hilfen für Krankenhäuser auf den Weg gebracht, wir verbessern bis 2014 die Finanzen der Krankenhäuser mit rund 1,1 Milliarden Euro. Die CSU hat hieran maßgeblichen Anteil, weil wir mit dem Kreuther Beschluss zur Krankenhausfinanzierung den Startschuss hierzu gegeben haben.

Zum anderen wollen wir mit einem weiteren Gesetz die Sicherstellung des Notdienstes von Apotheken fördern. Apotheken sollen künftig für jeden vollständigen Nachtdienst einen pauschalen Zuschuss erhalten, egal wie oft sie in der Nacht tatsächlich aufgesucht wurden. Hieron profitiert wieder der ländliche Raum, denn die Apotheken dort müssen im Vergleich zu Apotheken in Großstädten verhältnismäßig viele Notdienste anbieten und werden dabei seltener aufgesucht.

Eine weitere wichtige Entscheidung ist die Einleitung eines Paradigmenwechsels in der Gesundheitspolitik. Wir wollen lieber Krankheiten vorbeugen statt Patienten behandeln und geben den Krankenkassen deshalb jetzt die Möglichkeit, die Ausgaben für Präventionsleistungen zu verdoppeln.

Übrigens: Es gibt jetzt im zweiten Jahr in Folge zweistellige Milliardenüberschüsse bei Krankenkassen und Gesundheitsfonds. Unter Rot/Grün stand die Gesundheitspolitik nur damit im Mittelpunkt, dass das Geld nicht gereicht hat.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Reinhard Brandl MdB

Potentiale erkennen und Chancen nutzen

Koalition stärkt den Tourismus im ländlichen Raum

Der Tourismus ist ein ökonomisches Schwergewicht und ein echter Jobmotor in Deutschland. Allerdings zieht es die Touristen hauptsächlich in die großen Städte und einige ländliche Regionen hinken beim Wachstum hinterher. Gerade im ländlichen Raum hat aber der Tourismus eine besondere Bedeutung für Einkommen und Arbeitsplätze. Aus diesem Grund haben die Koalitionsfraktionen in dieser Woche ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Unterstützung des Tourismus im ländlichen Raum in den Bundestag eingebracht.

Der Boom im Deutschlandtourismus hält an. Mit 394 Millionen Gästeübernachtungen, davon knapp 64 Millionen Übernachtungen von Ausländern, wurde im vergangenen Jahr die Rekordmarke von 2010 noch einmal übertroffen. In diesem Jahr könnte sogar erstmals die Marke von 400 Millionen Gästeübernachtungen überschritten werden. Dank der Umsätze des Tourismus finden hierzulande 2,9 Millionen Menschen einen Arbeitsplatz. Gleichzeitig trägt der Tourismus in Deutschland allein durch die sogenannten direkten Effekte, wie z. B. Flug- und Bahntickets oder Hotelbuchungen, mit fast 100 Mrd. Euro und damit 4,4 Prozent zur Bruttowertschöpfung bei. Bezieht man die sogenannten indirekten Effekte und induzierten Effekte mit ein, so ist der



Foto: picture alliance / chromorange

Tourismus sogar zu 9,7 Prozent an der Wertschöpfung und 12 Prozent an der Beschäftigung beteiligt. Damit auch der ländliche Raum von diesem positiven Trend profitieren kann, haben die Koalitionsfraktionen eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht. Ziel der CSU-Landesgruppe ist es, die Potenziale der ländlichen Räume noch besser auszuschöpfen und die Chancen zu nutzen. Denn gerade im ländlichen Raum sind in Bayern die touristischen Angebote vielseitig: neben dem klassischen Erholungstourismus findet sich ein breites Angebot für den Natur- und Aktivtourismus. Insbesondere Angebote, die sich dem ganzheitlichen Wohlbefinden der Gäste widmen, erfreuen sich dabei immer größerer Beliebtheit.

Diese Woche

Bundestag beschließt Zypern-Hilfe
Rettungspaket für Zypern schützt die gesamte Euro-Zone

Potentiale erkennen und Chancen nutzen
Koalition stärkt den Tourismus im ländlichen Raum

Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung
Internet-Enquete zieht Bilanz

Bundestag debattiert Frauenquote für Aufsichtsräte
Hasselfeldt kritisiert die mangelnde Ehrlichkeit von Rot/Grün

54. Bericht des Wehrbeauftragten
Wehrbericht 2012: Kein deutscher Soldat gefallen

CSU-Landesgruppe im Gespräch mit dem chinesischen Botschafter
China ist für Deutschland und Bayern ein wichtiger Partner

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete
Foto Editorial: Henning Schacht

Redaktion: Martina Klement
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212

Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cdcsu.de

internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung

Internet-Enquete zieht Bilanz

Die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ hat am Donnerstag im Bundestag die Bilanz ihrer 3-jährigen Arbeit gezogen. Den Schwerpunkt des Schlussberichts der Kommission bildet die Online-Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger.

Die Veränderungen, die mit dem Einzug des Internets in die Gesellschaft einhergehen, vollziehen sich nach wie vor mit hoher Geschwindigkeit.

Neben unzähligen Erleichterungen bringt die Digitalisierung jedoch auch Herausforderungen mit sich, denen sich die Politik stellen muss. Deshalb hat der Bundestag im März 2010 die Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ eingesetzt. Die Mitglieder der Kommission - 17 Bundestagsabgeordnete und 17 externe Sachverständige - haben sich seither mit den grundlegenden Fragen beschäftigt, die sich durch die Digitalisierung der Gesellschaft ergeben. In ihrem Schlussbericht gehen die Abgeordneten und Sachverständigen



Foto: Bundesregierung / Arne Schambeck

vorrangig auf die neuen Formen der Öffentlichkeitsbeteiligung ein. Neben der Errichtung von Foren, der Kommunikation über soziale Medien und der

Live-Übertragung von Anhörungen habe man über Beteiligungswerzeuge interessierten Bürgern die Möglichkeit gegeben, unmittelbar an der Entstehung parlamentarischer Beschlüsse mitzuwirken. Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Enquete-Kommission, Bürgerbeteiligung auch in anderen Gremien des Bundestags zu gewährleisten. Außerdem soll ein eigener ständiger Ausschuss „Internet und digitale Gesellschaft“ eingerichtet werden. Dies diene sowohl der Transparenz als auch der besseren Bürgerbeteiligung.

Bundestag debattiert Frauenquote für Aufsichtsräte

Hasselfeldt kritisiert die mangelnde Ehrlichkeit von Rot/Grün

In der Debatte um die Einführung einer gesetzlichen Frauenquote für Aufsichtsräte hat Gerda Hasselfeldt die mangelnde Ehrlichkeit von SPD und Grünen kritisiert. „Wenn es um die Partei geht, hört es bei Rot/Grün auf“ so die Landesgruppenvorsitzende am Donnerstag im Bundestag. Gleichzeitig hat sie deutlich gemacht, dass sie den Vorschlag der Schwesterpartei, eine Frauenquote für börsennotierte Unternehmen in das gemeinsame Unions-Wahlprogramm aufzunehmen, unterstützen werde.

Der Vorschlag der CDU sieht vor, dass sich Vorstände und Aufsichtsräte mit einer „Flexiquote“ selbst zu einem bestimmten Frauenanteil verpflichten sollten. Ab dem Jahr 2020 soll es dann eine verbindliche Ziellinie von 30 Prozent geben. In der Debatte kritisierte die CSU-Landesgruppenvorsitzende: „Rot/Grün handelt pharisaerhaft, mit hohlen Phrasen aber nicht mit Taten“, so Gerda Hasselfeldt. „Frauen in Führungspositionen: Das geht für Rot/Grün nur in der Theorie, aber nicht in der Praxis“. In Niedersachsen hätte die neue Landesregierung in den VW-Aufsichtsrat zwei neue Mitglieder entsenden können und Rot/Grün habe sich für zwei Männer entschieden. Und die einzige – übrigens parteilose – Polizeipräsidentin des Landes sei vom SPD-Innenminister entlassen und durch einen Mann – natürlich ein SPD-Mitglied – ersetzt worden, fasst die CSU-Landesgruppenvorsitzende die Frauenförderung durch Rot/Grün zusammen. „Wenn es um die Partei geht, hört es bei Rot/Grün mit der Quote auf. Auch in Nordrhein-Westfalen hätte die Landesregie-



Foto: Tobias Koch

Gerda Hasselfeldt im Plenum des Deutschen Bundestages

lung die Möglichkeit gehabt, bei einer ganzen Reihe von Aufsichtsratsmandaten und Verwaltungsratsmandaten das umzusetzen, was von den Unternehmen eingefordert wird“, kritisierte die CSU-Landesgruppenvorsitzende weiter. Die Debatte und das Verhalten von Rot/Grün hätten gezeigt, dass es ihnen in Wahrheit nicht um das Ziel von mehr Frauen in Führungspositionen gehe. Das Ziel sei einzig und alleine der hilflose Versuch, einen Keil in die Koalition zu treiben und schon heute Wahlkampf zu betreiben. „In der CSU reden wir nicht nur über Frauen in Führungsfunktionen, bei uns haben Frauen auch tatsächlich Führungspositionen. Die Liste für die Bundestagswahl wird ebenso von einer Frau angeführt, wie fünf von sieben Bezirkslisten für die Landtagswahl.“ Das Hauptaugenmerk müsse man zudem wieder auf die wirklichen Sorgen der Frauen in Deutschland lenken: „Die echten Sorgen der Frauen drehen sich um die beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten, die gleiche Bezahlung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf“.

54. Bericht des Wehrbeauftragten

Wehrbericht 2012: Kein deutscher Soldat gefallen

Der Deutsche Bundestag hat sich am Freitag mit dem 54. Bericht des Wehrbeauftragten befasst. Neben den Auslandseinsätzen der Bundeswehr war das prägende Ereignis im Berichtsjahr 2012 die Planung und Umsetzung der Neuausrichtung der Streitkräfte.

Der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestags, Hellmut Königshaus, hat seinen Bericht für das Jahr 2012 vorgelegt. Der Bericht fasst die Erkenntnisse aus weit über 4.000 Eingaben von Soldatinnen und Soldaten an das Amt des Wehrbeauftragten und aus den Eindrücken zusammen, die der Wehrbeauftragte bei seinen Gesprächen und Truppenbesuchen gewonnen hat. Wie aus dem Bericht hervorgeht, wurde auch im Jahr 2012 Kritik geäußert an zu häufigen und zu langen Einsätzen und an der Unsicherheit, die die Umstruk-



Foto: picture alliance / dpa

turierung der Bundeswehr für den einzelnen mit sich bringt. Auch die schwierige Vereinbarkeit von Familie und Dienst macht den Angehörigen der Bundeswehr weiterhin zu schaffen. Als positiv bewertet der „Anwalt der Soldaten“ in seinem Bericht die Verbesserungen bei Ausrüstung und Bewaffnung der Truppe in den Auslandseinsätzen, „trotz weiterhin bestehender Probleme“. Besonders positiv wird im Bericht des „Anwalts der Soldaten“ vermerkt, dass im Jahr 2012 kein einziger deutscher Soldat gefallen ist.

CSU-Landesgruppe im Gespräch mit dem chinesischen Botschafter

China ist für Deutschland und Bayern ein wichtiger Partner

Die Volksrepublik China ist sowohl für Deutschland als auch für Bayern ein wichtiger Partner - politisch, aber auch wirtschaftlich. Deshalb hat in dieser Woche eine Delegation der CSU-Landesgruppe um die Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt die chinesische Botschaft besucht, um mit Botschafter Shi Mingde über die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und der Volksrepublik China zu sprechen.

Der Botschafter der Volksrepublik China hatte die CSU-Landesgruppe zu einem Gespräch eingeladen, um die christlich-sozialen Abgeordneten über die Schwerpunkte der neuen chinesischen Staatsführung zu informieren. Das Treffen mit dem Botschafter haben die Bundestagsabgeordneten genutzt, um mit ihm über die bilateralen Beziehungen zwischen China und Deutschland - und insbesondere Bayern - zu sprechen. Die Volksrepublik China ist für Deutschland und für Bayern einer der wichtigsten Handelspartner weltweit - sowohl für den Export, als auch für den Import. Deshalb waren sich die CSU-Abgeordneten mit dem Botschafter ei-



Foto: CSU-Landesgruppe

Die Mitglieder der CSU-Landesgruppe bei ihrem Besuch in der chinesischen Botschaft

nig, dass die Ein- und Ausreise chinesischer Geschäftsreisender in die Bundesrepublik Deutschland einfacher und unbürokratischer gestaltet werden soll. Einigkeit herrschte im Hinblick auf die Sicherheitslage auf der koreanischen Halbinsel auch darüber, dass hier unbedingt eine friedliche Lösung gefunden und eine

kriegerische Auseinandersetzung auf jeden Fall verhindert werden muss. Themen des Gesprächs waren darüber hinaus auch Fragen zu Umwelt- und Klimaschutz, Energieversorgung, dem Rohstoffhandel, dem Patentrecht, der demografischen Entwicklung und dem Handel von Agrar- und Ernährungsgütern.

Politik der Landesgruppe bestätigt



Foto: picture alliance / dpa

Hasselfeldt ist Spitzenkandidatin

Die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt, ist am vergangenen Wochenende mit 98,7 Prozent der Delegiertenstimmen zur Spitzenkandidatin der CSU für die Bundestagswahl gewählt worden. Gerda Hasselfeldt ist damit die erste Frau, die die CSU in einen Bundestagswahlkampf führt. Gerda Hasselfeldt unterstrich in ihrer Rede die erfolgreiche Arbeit der unionsgeführten Bundesregierung: „Millionen Menschen haben in unserer Regierungszeit wieder einen Arbeitsplatz bekommen. Wir wollen, dass unsere Kinder Chancen haben und nicht Schulden erben. Deshalb ist für uns eine solide Haushalts- und Finanzpolitik von großer Bedeutung. Dennoch setzen wir Schwerpunkte, zum Beispiel bei der Verkehrsinfrastruktur.“ Auf die Plätze zwei bis fünf wurden Dr. Hans-Peter Friedrich, Dr. Peter Ramsauer, Alexander Dobrindt und Marlene Mortler - und damit weitere Mitglieder der CSU-Landesgruppe - für die Bundestagsliste gewählt. Dieses Ergebnis belegt die breite Zustimmung der Delegierten zur Politik der CSU-Landesgruppe.

Einladung zum Kongress am 30. April



Foto: picture alliance / dpa

Union gegen Christenverfolgung

Das Menschenrecht auf Religions- und Gewissensfreiheit ist eines der wichtigsten Menschenrechte überhaupt. Dennoch nehmen Berichte über Verletzungen der Glaubens- und Gewissensfreiheit weiter zu. In vielen Staaten werden Menschen aufgrund ihrer Religion benachteiligt, diskriminiert und verfolgt. Gerade Christen sind in großer Zahl betroffen. Aus diesem Grund veranstaltet die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zusammen mit dem Parlamentsklub der ÖVP einen Kongress mit dem Titel „Verfolgte Christen - Einsatz für die Religionsfreiheit“. Dieser findet statt am Dienstag, 30. April 2013, von 10.00 bis 13.00 Uhr in der Mozartaula der Universität Salzburg (Max-Reinhardt-Platz, A-5050 Salzburg). Zu diesem Kongress sind alle Interessierten herzlich eingeladen. Bitte melden Sie sich entweder per Post, per Fax oder per Email zu dieser Veranstaltung an (Innerer Dienst der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, z.Hd. Frau Brill, Platz der Republik 1, 11011 Berlin; heike.brill@cdcsu.de; Fax: 030 227 56238).